

Stadtwerke-Affäre: EXPRESS enthüllt neue Details. Die Chronologie eines Polit-Krimis

Viele Politiker wussten Bescheid - und Reker nicht?



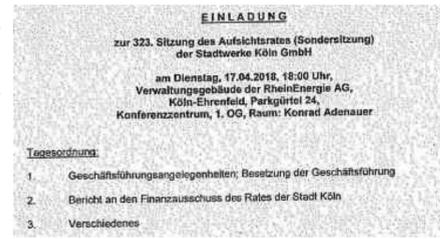
Henriette Reker
Die parteilose Oberbürgermeisterin (61) hat den Posten-Deal im Stadtwerke-Konzern durch ihren Widerspruch gestoppt.

Köln - Der Stadtwerke-Skandal hat Köln erschüttert, und er wirkt nach. Politiker haben eine „lückenlose Aufklärung“ angekündigt. Damit ist es nicht weit her. Noch immer gibt es Mauseleien, Widersprüche, gegensätzliche Behauptungen, die nur den Schluss zulassen: Mindestens einer lügt. Klar ist: In dem Posten-Deal waren wesentlich mehr Politiker eingeweiht, als die Protagonisten bisher zugegeben haben. Und sie waren auch früher im Bilde. Das haben Recherchen des EXPRESS ergeben. Die Chronologie der Affäre:

VON ROBERT BAUMANN & CHRIS MERTING
Die Geschichte um einen neuen Chefposten im Stadtwerke-Konzern (SWK) reicht weit zurück. Bereits 2016 gibt es im Rahmen von Strategie-Gesprächen erste Gedankenexperimente, eine neue Stelle für einen hauptamtlichen Geschäftsführer zu schaffen. Besonders im vierköpfigen „ständigen Ausschuss“ des SWK-Aufsichtsrates. Dem gehören Martin Börschel (SPD-Fraktionschef), Bernd Petelkau (CDU-Fraktionschef), Jörg Frank (Fraktionsgeschäftsführer der Grünen) und Harald Kraus (KVB) als Arbeitnehmervertreter an. Dann wird es konkret:
16. März 2018: Erstmals

wird auch im 18-köpfigen Aufsichtsrat selbst über die Schaffung eines neuen Chef-Postens gesprochen, beschlossen wird nichts. Oberbürgermeisterin Henriette Reker ist nicht dabei. Börschel lässt sein Aufsichtsratsmandat und den Vorsitz im Aufsichtsrat und im Vierer-Ausschuss ruhen, weil er sich für den Job interessiert. Ein Posten-Paket wird geschürt.
29. März: Die Einladung für die Sondersitzung des SWK-Aufsichtsrates am 17. April wird an die Mitglieder verschickt - auch an die OB. Reker sagt später im EXPRESS-Interview: „Da stand als Tagesordnungspunkt »Geschäftsführungsangelegenheiten« drauf“. Der „Kölnischen Rundschau“ sagt sie ferner: „Ich wusste nicht, was sich dahinter verbarg. Soll da jemand mehr verdienen? Ich wusste es nicht.“
Hier sagt Reker nur die halbe Wahrheit - EXPRESS liegt die Einladung vor. **Tatsächlich steht dort unter Tagesordnungspunkt 1: »Geschäftsführungsangelegenheiten; Besetzung der Geschäftsführung.«**
Ist es glaubhaft, dass die OB bei „Besetzung der Geschäftsführung“ nur von einer Gehaltserhöhung ausgeht?
Nach Ostern: Börschel unterzieht sich einer Eignungsprüfung, die ein Personalberater aus Hamburg durchführt.
Als der Vierer-Ausschuss beschließt, die Stelle ohne Ausschreibung zu vergeben, soll es in der Führungsetage gerumst haben. Die beiden SWK-Geschäftsführer Dr. Dieter Steinkamp (Rheinenergie) und Jürgen Fenske (KVB), beide SPD, sollen sich verärgert aus dem Verfahren zurückgezogen haben.
Erste Aprilwoche: Der Personalberater attestiert Börschel, für die Erfüllung der Manager-Aufgaben geeignet zu sein.
7. April: Jörg Frank soll Börschel signalisiert ha-

ben, dass OB Reker über Verfahren und Personalie informiert sei.
Börschel äußert sich dazu nicht, Frank bestreitet es.
Frank und Petelkau sollen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat ebenfalls signalisiert haben, die OB sei „eingebunden“.



Die Einladung zur Sondersitzung des SWK-Aufsichtsrates umfasst unter Punkt 1 die „Besetzung der Geschäftsführung“.

EXPRESS hakte nach: Frau Reker, waren Sie informiert? Reker am 26. Mai im EXPRESS-Interview dazu: „Es gab Gerüchte, so wie es hier viele Gerüchte gibt. Ich kann doch nicht auf Grundlage von Gerüchten handeln, zumal manche auch widersprüchlich sind. Ich hatte vage gehört, dass Herr Börschel Geschäftsführer bei den Stadtwerken werden soll.“
Fragen des EXPRESS, wann und durch wen sie erstmals von diesen Gerüchten hörte, beantwortet Reker nicht. Aber ist es denkbar, dass die OB solchen Gerüchten nicht nachgeht oder nachgehen lässt?
9. April: OB Reker trifft sich mit Martin Börschel zu einem Vier-Augen-Gespräch.
Nach Bekanntwerden des Skandals verneint Reker gegenüber EXPRESS zunächst ein solches Treffen, sagt aber dann, sie habe Börschel zu einem „Jour Fix“ empfangen, wie es sie regelmäßig mit den Fraktionschefs gebe. Dort werden üblicherweise für die Stadt re-

levante Themen besprochen. Im Rathaus ist zu hören, dass die beiden auch über Börschel als Stadtwerke-Chef gesprochen haben sollen.
Börschel erklärt auf Anfrage des EXPRESS: „Zu vertraulichen Gesprächen mit der Oberbürgermeisterin gebe ich grundsätzlich keine Auskunft.“
11. April: Der Kreis der „Eingeweihten“ wird größer: Treffen einer Sechser-Runde: Die Fraktionschefs Bernd Petelkau (CDU), Kirsten Jahn (Grüne) und Martin Börschel (SPD) sowie die jeweiligen Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank (Grüne), Niklas Kienitz (CDU) und Dr. Barbara Lübbecke (SPD) kommen zusammen.

Laut Aussage von Beteiligten wurde in der Sechser-Runde der Deal um Börschel endgültig festgezurrt. Es soll vereinbart worden sein, dass bei den anstehenden Besetzungen von Geschäftsführer-Posten im Stadtwerke-Konzern (KVB, Rheinenergie etc.) Verfahren und Ausschreibungen so gestaltet werden, dass „nicht mehr nur SPD-Leute zum Zuge“ kommen. Und die umstrittene Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach auf einen interessanten und lukrativen Posten im Land wegzuloben, etwa eine Museumsleitung.
14. April: Der Kreis der Mitwisser wächst weiter.
Es ist Samstag. Grünen-Fraktionschefin Jahn und Frank bitten Spitzenpolitiker der Grünen zum Gespräch ins Rathaus. Eingeladen waren die beiden Parteichefs Katja Trompeter und Frank Jablonski, die Bundestagsabgeordnete Katharina Dröge und Sven Lehmann sowie die Landtagsabgeordneten Arndt Klocke und Berivan Aymaz. Aber nur Drö-

ge und Trompeter sind an diesem Tag in Köln und nehmen teil. Parteichefin Trompeter zum EXPRESS: „Jahn und Frank haben Dröge und mir erklärt, dass der Stadtwerke-Aufsichtsrat am folgenden Dienstag Martin Börschel zum hauptamtlichen Geschäftsführer des Stadtwerke-Konzerns wählen soll.“ Trompeter und Dröge lehnen das ab.
Zig Telefonate folgen. Noch am Abend informiert Trompeter Mitglieder des achtköpfigen Parteivorstands. Auch die grünen Abgeordneten Sven Lehmann (Bundestag), Arndt Klocke und Berivan Aymaz (Landtag) werden informiert.
15. April: Es ist Sonntag. Bei den Grünen rappeln weiter die Handys. Im Rückblick sagt die Parteispitze: „Es folgten im Laufe des Wochenendes intensive interne Diskussionen.“
Eine Person aus dem Kreis der grünen Mitwisser erklärt nach Bekanntwerden des Skandals gegenüber EXPRESS, sie habe am Sonntagmorgen bei OB Reker angerufen und ihr erzählt, dass Börschel Chef des Stadtwerke-Konzerns werden soll. Als EXPRESS um die Freigabe der Äußerung im Rahmen dieser Chronologie bittet, wird sie zurückgezogen. Stattdessen soll jetzt eine andere Person mit Reker telefoniert haben, und dies nicht schon am Sonntag, sondern erst am Montag.
Weshalb hat OB Reker nicht spätestens jetzt die Beteiligten um Frank, Jahn, Petelkau und Börschel aufgefördert, die Sache abzublansen?
Bestätigt ist: Es gibt am Sonntagabend eine Telefonkonferenz zwischen der Fraktionspitze, den Kreisvorsitzenden und allen Abgeordneten. Die Parteichefs bestätigen: „Wir haben ganz klar gemacht, dass wir gegen dieses Verfahren sind, weil wir es für unvereinbar mit unseren grünen Grundsätzen halten.“ Weiter: „Die Meinungen seitens des gesamten Parteivorstandes und aller Abgeordneten waren in allen diesen Diskussionen einhellig in der Ablehnung des Vorgehens.“
Frage: Ist es denkbar, dass niemand aus dem großen Kreis der Mitwisser bereits am Sonntag die OB informiert?
16. April: Mittag, OB Reker bricht zu einer Sitzung des

Städtetages nach Augsburg auf. 17 Uhr: Frank und Jahn informieren die Ratsfraktion der Grünen. Sie erzählen mehreren Teilnehmern zufolge, dass am nächsten Tag der Aufsichtsrat die neue Geschäftsführerstelle beim SWK-Konzern beschließen und dann sofort mit dem „SPD-Fraktionsvorsitzenden“ besetzen will.
Frank soll der Fraktion auf Nachfrage erklärt haben, OB Reker sei informiert, halte sich aber raus. Über den Wortlaut gibt es unterschiedliche Angaben. Aber die meisten in der Fraktion hätten es damals so verstanden. Bei einer folgenden Probe-Abstimmung stimmen nur zwei Fraktionsmitglieder gegen das Verfahren.
Ist es denkbar, dass Frank seine Fraktion belügt - und das Risiko eingeht, dass Fraktionsmitglieder die OB treffen oder anrufen, um zu fragen, ob Franks Behauptung stimmt?
Interessant ist dabei auch: An den Fraktionssitzungen der Grünen nimmt regelmäßig OB Reker teil - oder ihre persönliche Referentin oder ein anderer hochrangiger Mitarbeiter. Bei dieser Sitzung war niemand aus dem OB-Büro dabei. Sollte Rekers „Wissen“ nicht offiziell werden?
Reker hat stets erklärt: „Ich wurde im Vorfeld [der Sitzung] weder von Herrn Frank noch von sonst jemandem informiert oder in Kenntnis gesetzt.“
17. April: 11.03 Uhr: Martin Börschel lädt die Presse für den kommenden Tag zu einem Hintergrundgespräch über „diverse aktuelle Entwicklungen“ ein.
OB Reker ist noch in Augsburg. Auf der Rückfahrt nach Köln mahnt sie erneut an, man möge ihr die Unterlagen zur Aufsichtsratsitzung schicken. Wieder sei nicht geliefert worden. „Ich habe daraufhin Dienstagmittag meine persönliche Referentin mit dem Einspruchsschreiben zu den Stadtwerken geschickt und den Vorgang gestoppt“, so Reker. Aus dem SWK-Konzern heißt es, dass dieses Schreiben „juristisch perfekt ausformuliert“ war - trotz der Eile.
18. Uhr: Aufsichtsratsitzung im Raum „Konrad Adenauer“ des SWK-Konzerns. Das Posten-Verfahren platzt, weil dem Aufsichtsratsmitglied Reker kein „rechtliches Gehör“ ein-

geräumt werden konnte.
Für den 30. April wird eine Sondersitzung des Aufsichtsrates anberaumt, bei der Börschel gewählt werden soll.
Am Abend des 17. April erklärt Börschel, alle politischen Ämter und Mandate niederlegen zu wollen.
18. April: Börschel weist in einem Pressegespräch Klügelvorwürfe zurück: „Ich habe ein reines Gewissen.“
19. April: CDU-Urgestein Konrad Adenauer geißelt den Posten-Deal („Coup wie in der Unterwelt“) aber auch das Ratsbündnis aus CDU und Grünen: „Das Bündnis hat seine Unschuld verloren...“
30. April: Sondersitzung SWK-Aufsichtsrat. Beschlossen wird, dass nun erst mal geprüft werden soll, ob die neue Chefstelle überhaupt nötig ist.
Jörg Frank bedauert öffentlich „den großen Fehler“ - er beabsichtige, sein SWK-Aufsichtsratsmandat aufzugeben. Seine Fraktionschefin Jahn erklärt zur Personalie Frank: „Ich habe dafür gesorgt, dass wir personelle Konsequenzen ziehen.“ Petelkau erklärt den Rücktritt aus dem Aufsichtsrat.
3. Mai: Ratssitzung: Reker liest den Politikern die Leviten.
5. Mai: Sonder-Parteitag der Grünen. Die Basis verlangt von allen Beteiligten Aufklärung und beschließt, dass Frank als Fraktionsgeschäftsführer zurücktreten müsse - „bis spätestens zum Ende der Sommerpause“. In den folgenden Tagen erklären sowohl Frank als auch Petelkau mehrmals wortgleich: „OB Reker war in das Verfahren nicht eingebunden.“
OB Reker ist noch in Augsburg. Auf der Rückfahrt nach Köln mahnt sie erneut an, man möge ihr die Unterlagen zur Aufsichtsratsitzung schicken. Wieder sei nicht geliefert worden. „Ich habe daraufhin Dienstagmittag meine persönliche Referentin mit dem Einspruchsschreiben zu den Stadtwerken geschickt und den Vorgang gestoppt“, so Reker. Aus dem SWK-Konzern heißt es, dass dieses Schreiben „juristisch perfekt ausformuliert“ war - trotz der Eile.
18. Uhr: Aufsichtsratsitzung im Raum „Konrad Adenauer“ des SWK-Konzerns. Das Posten-Verfahren platzt, weil dem Aufsichtsratsmitglied Reker kein „rechtliches Gehör“ ein-

geräumt werden konnte.
Für den 30. April wird eine Sondersitzung des Aufsichtsrates anberaumt, bei der Börschel gewählt werden soll.
Am Abend des 17. April erklärt Börschel, alle politischen Ämter und Mandate niederlegen zu wollen.
18. April: Börschel weist in einem Pressegespräch Klügelvorwürfe zurück: „Ich habe ein reines Gewissen.“
19. April: CDU-Urgestein Konrad Adenauer geißelt den Posten-Deal („Coup wie in der Unterwelt“) aber auch das Ratsbündnis aus CDU und Grünen: „Das Bündnis hat seine Unschuld verloren...“
30. April: Sondersitzung SWK-Aufsichtsrat. Beschlossen wird, dass nun erst mal geprüft werden soll, ob die neue Chefstelle überhaupt nötig ist.
Jörg Frank bedauert öffentlich „den großen Fehler“ - er beabsichtige, sein SWK-Aufsichtsratsmandat aufzugeben. Seine Fraktionschefin Jahn erklärt zur Personalie Frank: „Ich habe dafür gesorgt, dass wir personelle Konsequenzen ziehen.“ Petelkau erklärt den Rücktritt aus dem Aufsichtsrat.
3. Mai: Ratssitzung: Reker liest den Politikern die Leviten.
5. Mai: Sonder-Parteitag der Grünen. Die Basis verlangt von allen Beteiligten Aufklärung und beschließt, dass Frank als Fraktionsgeschäftsführer zurücktreten müsse - „bis spätestens zum Ende der Sommerpause“. In den folgenden Tagen erklären sowohl Frank als auch Petelkau mehrmals wortgleich: „OB Reker war in das Verfahren nicht eingebunden.“
OB Reker ist noch in Augsburg. Auf der Rückfahrt nach Köln mahnt sie erneut an, man möge ihr die Unterlagen zur Aufsichtsratsitzung schicken. Wieder sei nicht geliefert worden. „Ich habe daraufhin Dienstagmittag meine persönliche Referentin mit dem Einspruchsschreiben zu den Stadtwerken geschickt und den Vorgang gestoppt“, so Reker. Aus dem SWK-Konzern heißt es, dass dieses Schreiben „juristisch perfekt ausformuliert“ war - trotz der Eile.
18. Uhr: Aufsichtsratsitzung im Raum „Konrad Adenauer“ des SWK-Konzerns. Das Posten-Verfahren platzt, weil dem Aufsichtsratsmitglied Reker kein „rechtliches Gehör“ ein-

geräumt werden konnte.
Für den 30. April wird eine Sondersitzung des Aufsichtsrates anberaumt, bei der Börschel gewählt werden soll.
Am Abend des 17. April erklärt Börschel, alle politischen Ämter und Mandate niederlegen zu wollen.
18. April: Börschel weist in einem Pressegespräch Klügelvorwürfe zurück: „Ich habe ein reines Gewissen.“
19. April: CDU-Urgestein Konrad Adenauer geißelt den Posten-Deal („Coup wie in der Unterwelt“) aber auch das Ratsbündnis aus CDU und Grünen: „Das Bündnis hat seine Unschuld verloren...“
30. April: Sondersitzung SWK-Aufsichtsrat. Beschlossen wird, dass nun erst mal geprüft werden soll, ob die neue Chefstelle überhaupt nötig ist.
Jörg Frank bedauert öffentlich „den großen Fehler“ - er beabsichtige, sein SWK-Aufsichtsratsmandat aufzugeben. Seine Fraktionschefin Jahn erklärt zur Personalie Frank: „Ich habe dafür gesorgt, dass wir personelle Konsequenzen ziehen.“ Petelkau erklärt den Rücktritt aus dem Aufsichtsrat.
3. Mai: Ratssitzung: Reker liest den Politikern die Leviten.
5. Mai: Sonder-Parteitag der Grünen. Die Basis verlangt von allen Beteiligten Aufklärung und beschließt, dass Frank als Fraktionsgeschäftsführer zurücktreten müsse - „bis spätestens zum Ende der Sommerpause“. In den folgenden Tagen erklären sowohl Frank als auch Petelkau mehrmals wortgleich: „OB Reker war in das Verfahren nicht eingebunden.“
OB Reker ist noch in Augsburg. Auf der Rückfahrt nach Köln mahnt sie erneut an, man möge ihr die Unterlagen zur Aufsichtsratsitzung schicken. Wieder sei nicht geliefert worden. „Ich habe daraufhin Dienstagmittag meine persönliche Referentin mit dem Einspruchsschreiben zu den Stadtwerken geschickt und den Vorgang gestoppt“, so Reker. Aus dem SWK-Konzern heißt es, dass dieses Schreiben „juristisch perfekt ausformuliert“ war - trotz der Eile.
18. Uhr: Aufsichtsratsitzung im Raum „Konrad Adenauer“ des SWK-Konzerns. Das Posten-Verfahren platzt, weil dem Aufsichtsratsmitglied Reker kein „rechtliches Gehör“ ein-

geräumt werden konnte.
Für den 30. April wird eine Sondersitzung des Aufsichtsrates anberaumt, bei der Börschel gewählt werden soll.
Am Abend des 17. April erklärt Börschel, alle politischen Ämter und Mandate niederlegen zu wollen.
18. April: Börschel weist in einem Pressegespräch Klügelvorwürfe zurück: „Ich habe ein reines Gewissen.“
19. April: CDU-Urgestein Konrad Adenauer geißelt den Posten-Deal („Coup wie in der Unterwelt“) aber auch das Ratsbündnis aus CDU und Grünen: „Das Bündnis hat seine Unschuld verloren...“
30. April: Sondersitzung SWK-Aufsichtsrat. Beschlossen wird, dass nun erst mal geprüft werden soll, ob die neue Chefstelle überhaupt nötig ist.
Jörg Frank bedauert öffentlich „den großen Fehler“ - er beabsichtige, sein SWK-Aufsichtsratsmandat aufzugeben. Seine Fraktionschefin Jahn erklärt zur Personalie Frank: „Ich habe dafür gesorgt, dass wir personelle Konsequenzen ziehen.“ Petelkau erklärt den Rücktritt aus dem Aufsichtsrat.
3. Mai: Ratssitzung: Reker liest den Politikern die Leviten.
5. Mai: Sonder-Parteitag der Grünen. Die Basis verlangt von allen Beteiligten Aufklärung und beschließt, dass Frank als Fraktionsgeschäftsführer zurücktreten müsse - „bis spätestens zum Ende der Sommerpause“. In den folgenden Tagen erklären sowohl Frank als auch Petelkau mehrmals wortgleich: „OB Reker war in das Verfahren nicht eingebunden.“
OB Reker ist noch in Augsburg. Auf der Rückfahrt nach Köln mahnt sie erneut an, man möge ihr die Unterlagen zur Aufsichtsratsitzung schicken. Wieder sei nicht geliefert worden. „Ich habe daraufhin Dienstagmittag meine persönliche Referentin mit dem Einspruchsschreiben zu den Stadtwerken geschickt und den Vorgang gestoppt“, so Reker. Aus dem SWK-Konzern heißt es, dass dieses Schreiben „juristisch perfekt ausformuliert“ war - trotz der Eile.
18. Uhr: Aufsichtsratsitzung im Raum „Konrad Adenauer“ des SWK-Konzerns. Das Posten-Verfahren platzt, weil dem Aufsichtsratsmitglied Reker kein „rechtliches Gehör“ ein-



Martin Börschel
Der Jurist Martin Börschel (45) hat die SPD-Fraktion nach dem Müll-Skandal 2002 übernommen und 16 Jahre lang im Alleingang geführt. Er wurde zum mächtigsten Politiker Kölns. Auch im Landtag hatte er Ambitionen, Fraktionschef zu werden. Dann der Knick: In Köln gingen für die SPD die Kommunal- und auch die OB-Wahl verloren. Im Landtag platzte unlängst der Traum vom SPD-Fraktionsvorsitz. Da kam der Chefposten im Stadtwerke-Konzern gerade recht: Der Konzern, in dem Rheinenergie, KVB, AWB und viele andere vereint sind, hat 12 300 Mitarbeiter und einen Umsatz von 5 Milliarden Euro. Börschels Bezüge sollten sich auf rund 500 000 Euro im Jahr belaufen.

lungenführer Frank verzichten.
Abschließend bittet sie die Ratspolitiker, ihre Verantwortung für die Amtszeit unserer Oberbürgermeisterin nicht aus den Augen zu verlieren. Von der Fraktionspitze heißt es dazu offiziell: „Die OB-Referentin hat den Brief als Privatperson geschrieben.“
14. Mai: Köln macht bundesweit Schlagzeilen, besonders OB Reker. Gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ spricht sie von dem Posten-Verfahren als „empörenden Vorgang“, den erst sie ans Tageslicht geholt habe. Dazu, dass CDU, SPD und Grüne dies hinter ihrem Rücken versucht hätten, sagt Reker: „Der Glaube, mit so etwas durchzukommen, ist schon absurd.“
9. Mai: Fraktionssitzung der Grünen: OB Reker hält eine Rede und ruft die Truppe zur Geschlossenheit auf. Viele verstehen dies als „Rückendeckung für Frank“ - auch wenn die OB dessen Namen nicht erwähnt.
28. Mai: 19.00 Uhr: Mitgliederversammlung der Grünen. Ein Eilantrag sieht vor, dass Jörg Frank weitere Posten in Ausschüssen und Aufsichtsräten aufgeben müsse. Die Genredede hält für einige überraschend die Bundestagsabgeordnete Dröge, die von Frank vorab über den Posten-Deal informiert worden war.
Dröge verteidigt Frank: „Jeder Mensch hat eine zweite Chance verdient.“